

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003303/2025/rev.1
an die Kommission**
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Mary Khan (ESN), Petra Steger (PfE)

Betrifft: Lobbyoffensive der US-Regierung zur Abschaffung des Gesetzes über digitale Dienste als Zensurinstrument

Am 7. August 2025 berichtete die Nachrichtenagentur Reuters über ein von US-Außenminister Marco Rubio unterzeichnetes Schreiben, in dem die europäischen US-Vertretungen aufgefordert werden, die Regierungen der EU-Staaten und zuständige Behörden zu überzeugen, das Gesetz über digitale Dienste aufzuheben oder zu ändern. Konkret solle die Definition von „illegalen Inhalten“ enger gefasst werden, damit die Meinungsfreiheit – auch im politischen und religiösen Diskurs – nicht eingeschränkt wird. Zudem solle der Verhaltenskodex zur Bekämpfung von Desinformation geändert oder zurückgenommen werden, da er „übermäßig weite Kontrollen“ für Inhalte festlegt. Weitere Kritikpunkte betreffen die hohen Strafen und das System sogenannter vertrauenswürdiger Hinweisgeber, also staatlich benannter Organisationen, die illegale Inhalte melden.¹

Grundsätzlich sind alle Bestrebungen zu unterstützen, die zu einer Abschaffung oder zumindest substanziellen Entschärfung des Gesetzes über digitale Dienste führen, das unter dem Deckmantel der Bekämpfung von Desinformation als ideologisch motiviertes Zensurinstrument zur Unterdrückung unliebsamer Meinungen im digitalen Raum missbraucht wird. Jedoch ist es mehr als bedenklich, dass Unterstützung aus dem Ausland nötig scheint, um das Recht auf freie Rede potenziell zurückzuerlangen und die Kommission zum Einlenken zu bewegen.

1. Wie reagiert die Kommission auf die Lobbyoffensive der US-Regierung zur Abschaffung des Gesetzes über digitale Dienste?
2. Unter welchen Umständen wäre die Kommission bereit, einer Abschaffung oder zumindest substanzielle Entschärfung des Gesetzes über digitale Dienste zuzustimmen?

Eingang: 27.8.2025

¹ <https://www.reuters.com/sustainability/society-equity/rubio-orders-us-diplomats-launch-lobbying-blitz-against-europes-tech-law-2025-08-07/>